



G.I.B.-Newsletter 2026/13

Neues aus der G.I.B.

Neue Ausgabe der Publikationsreihe KAoA - Gute Praxis

Wie gelingt der Übergang von der Schule in den Beruf vor Ort? Beispielhafte Antworten gibt die neue Ausgabe 2026/07 von „KAoA – Gute Praxis“. Die Kommunale Koordinierungsstelle im Kreis Unna bietet mit einem ungewöhnlichen Ansatz Hilfe an: Sie lädt zur „Jugend-Uni meets ...“ ein. Hier erleben Schülerinnen und Schüler Berufliche Orientierung nicht im Klassenzimmer, sondern im Kino – und das mit großem Erfolg. [Zur KAoA-Themenseite](#)

Datenblatt SGB II - Berichtszeitraum: Juni 2026

Der Statistikbericht enthält monatsbezogene SGB II-Daten für Nordrhein-Westfalen, Westdeutschland und Deutschland insgesamt. Das SGB II-Datenblatt zeigt Entwicklungen zentraler Arbeitsmarktindikatoren im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat. [Weiterlesen](#)

Online-Veranstaltung "Trägeraustausch zur Umsetzung des 16k SGB II" am 23. September 2026

Die G.I.B. lädt zu einem Trägeraustausch zur Umsetzung der ganzheitlichen Betreuung (Coaching) im Rahmen des §16k SGB II ein, bei dem die aktuellen Herausforderungen und bisherigen Erfahrungen in den Blick genommen werden sollen. [Mehr erfahren](#)

Online-Veranstaltung "Wege in Arbeit – gute Praxis aus Europa: Flandern" am 9. September 2026

„Wege in Arbeit – gute Praxis in Europa“ – Unter diesem Titel lädt die G.I.B. zu einem Online-Format ein, in welchem Ansätze der Arbeitsmarktintegration aus Europa vorgestellt und diskutiert werden. In der kommenden Veranstaltung werden wir Einblicke in die flämische Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik allgemein und im Speziellen bezüglich der Integration Zugewanderter erhalten. [Mehr erfahren](#)

Jugend und Beruf

Ein Erfolgsmodell auf dem Prüfstand: Neuer Bericht zur Entwicklung der dualen Berufsausbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Die duale Berufsausbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz gilt international als Erfolgsmodell. Ein aktualisierter [Bericht des BIBB](#) mit Partnern zeigt nun: Trotz vieler Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die Entwicklungen in den drei Ländern deutlich.

Studie: Neun von zehn Azubis zufrieden – doch der Zugang zur Ausbildung bleibt für viele schwierig

Die Berufsausbildung überzeugt diejenigen, die den Einstieg geschafft haben: 90 Prozent der Auszubildenden sind zufrieden, 87 Prozent würden ihren Beruf erneut wählen. Die Ergebnisse einer neuen [Befragung der Bertelsmann-Stiftung](#) zeigen: Ausbildung hat kein grundsätzliches Imageproblem – Handlungsbedarf besteht vor allem beim Zugang und bei der beruflichen Orientierung. Siehe auch: [Junge Generation in Deutschland blickt zuversichtlicher auf die Zukunft der Gesellschaft](#)

Ausbildungszahlen im Handwerk gestiegen

Die Zahl der neu abgeschlossenen [Ausbildungsverträge im Handwerk](#) hat im ersten Halbjahr 2026 um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen. Das teilte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks der Deutschen Presseagentur mit. Zwischen Januar und Juni 2026 seien bereits knapp 67.800 neue Ausbildungsverträge registriert worden.

Ausbildung: Nachhaltigkeits-Kampagne des NRW-Handwerks

Die [Nachhaltigkeits-Kampagne](#) der NRW-Handwerkskammern und des WHKT soll vor allem junge Menschen für eine Ausbildung in einem der Handwerksberufe begeistern, die für Nachhaltigkeit stehen.

Angebot des Arbeitsministeriums: Online über Ausbildungsvergütung in über 100 Berufen informieren

Hilfe bei der Berufswahl: In der [Tarifdatenübersicht](#) stellt das Arbeitsministerium NRW ab sofort online aktuelle Informationen zu Ausbildungsvergütungen, Wochenarbeitszeiten und anderen tariflichen Leistungen wie Urlaubstagen und Sonderzahlungen aus über 100 verschiedenen Branchen zur Verfügung.

Ferienjob-Regeln: Was Jugendliche, Eltern und Arbeitgeber wissen müssen

Kellnern, Zeitungen austragen, Regale einräumen: Viele Jugendliche nutzen die Ferienzeit, um mit einem Ferienjob ihr Taschengeld aufzubessern und sammeln so erste Erfahrungen in der Arbeitswelt. Doch wer darf ab wann, wie lange und in welchen Tätigkeiten arbeiten? Das Arbeitsministerium NRW gibt einen [Überblick über Rechte und Pflichten für Jugendliche, Eltern und Arbeitgeber](#).

Studierendenhaushalte geben im Schnitt 54 % des Einkommens für Wohnkosten aus

In Deutschland geben Studierende mit eigener Haushaltsführung im Durchschnitt 54 % des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus, teilt das [Statistische Bundesamt](#) mit.

Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt

Grundsicherung: Rückgang der Integrationsquote setzte bereits vor der Bürgergeldreform ein

In den vergangenen vier Jahren ging die Integrationsquote erwerbsfähiger Leistungsberechtigter aus der Grundsicherung in Beschäftigung zurück und erreichte nicht mehr das Niveau vor der Corona-Krise. Dieser Rückgang der Integrationsquote setzte bereits vor Einführung der Bürgergeldreform ein, ist im [IAB-Kurzbericht](#) zu lesen.

Fördermaßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung: Positive Effekte auf die Beschäftigungschancen

Der Einsatz von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik steht regelmäßig auf dem Prüfstand. In dieser [IAB-Untersuchung](#) werden oft genutzte Fördermaßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung (Rechtskreis SGB III) betrachtet. Der Fokus liegt auf der Entwicklung der Zugangszahlen und auf den Wirkungen auf die Beschäftigungschancen der Teilnehmenden.

Teilhabetrag erreicht mehr als acht von zehn berechtigten Kindern nicht

15 Jahre nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) erhält nur eine Minderheit der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen die Leistung für soziale und kulturelle Teilhabe, schreibt die [Bertelsmann-Stiftung](#). Auch beim Schulbedarf und beim Mittagessen bestehen erhebliche Lücken. Gleichzeitig fehlen bundesweit verlässliche Daten darüber, wie viele Kinder anspruchsberechtigt sind, welche Leistungen sie tatsächlich erhalten und warum sie nicht erreicht werden.

Wie inklusiv könnte die Arbeitsgesellschaft im Jahr 2040 sein?

Wie inklusiv könnte die Arbeitsgesellschaft im Jahr 2040 sein? Welche Szenarien über die zukünftige Teilnahme von Menschen mit Beeinträchtigungen am Arbeitsleben sind heute denkbar? Welche Faktoren sind entscheidend für eine inklusive Arbeitsgesellschaft, und welche Maßnahmen sind zielführend in der Praxis? Diese und weitere Fragen beantwortet der [Deep Dive Inklusion 2040](#).

Zahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung auf 1,14 Millionen gestiegen

Die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitsplätzen hat sich in den vergangenen Jahren bis einschließlich 2024 – den aktuellsten verfügbaren Daten – insgesamt positiv entwickelt, berichtet die [BA](#). Mit Ausnahme eines pandemiebedingten Rückgangs ist die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich gestiegen und erreichte 2024 rund 1,14 Millionen.

Künstliche Intelligenz und berufliche Teilhabe in Deutschland: Ein narratives Review

Das [IW Köln](#) schreibt: Die Literatur zeigt, dass künstliche Intelligenz (KI) trotz bestehender Einschränkungen neue Möglichkeiten bieten kann, Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben zu unterstützen.

Neuer eService der BA: Online-Antrag auf Gleichstellung

Die BA bietet den [Antrag auf Gleichstellung jetzt auch als eService](#) an. Eine Gleichstellung mit schwerbehinderten Menschen können Personen beantragen, bei denen ein Grad der Behinderung von 30 oder 40 festgestellt wurde. Voraussetzung ist, dass sie mindestens 18 Stunden pro Woche arbeiten und infolge ihrer Beeinträchtigungen ohne die Gleichstellung entweder ihr bestehender Arbeitsplatz gefährdet ist oder sie keinen geeigneten Arbeitsplatz finden können.

Fair durch die Transformation? Neuer IAQ-Report zur Automobilindustrie

Der Umbau der deutschen Automobilindustrie setzt Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen unter Druck. Wie sich der Wandel unter diesen Bedingungen fair gestalten lässt, hat das [IAQ](#) untersucht. Ergebnis: Betriebliche Instrumente können den Wandel zwar begleiten, stoßen angesichts von Kostendruck und Personalabbau jedoch zunehmend an ihre Grenzen.

Raus aus dem Helferjob: Jeder Fünfte ist arbeitslos und es gibt kaum Stellen - Qualifizierung als Ausweg

In Deutschland gibt es rund 4,6 Millionen geringqualifizierte Erwachsene – das sind 650.000 Personen mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019 – ein Zuwachs um 17 Prozent. Diese Menschen ohne Abschluss haben nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Ausweg besteht in der Qualifizierung, denn Fachkräfte haben dort, wo Helfer:innen auf der Strecke bleiben, wesentlich bessere Chancen, so die [Bertelsmann-Stiftung](#).

Förderrichtlinie „Digitale Kompetenzen geringqualifizierter Beschäftigter im Arbeitsprozess stärken“

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) verändern Arbeitsprozesse in nahezu allen Branchen. Die damit verbundenen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sind jedoch ungleich verteilt. Mit der am 22. Juli 2026 veröffentlichten Förderrichtlinie „[Digitale Kompetenzen geringqualifizierter Beschäftigter im Arbeitsprozess stärken](#)“ (DiKAp) des BMBFSFJ soll auch geringqualifizierten Beschäftigten in einfachen Tätigkeiten eine umfassende Teilhabe an diesem Wandel ermöglicht werden.

KOFA-Podcast: Mehr Chancen für alle - Inklusion gegen den Fachkräftemangel

Inklusion ist viel mehr als nur Barrierefreiheit: sie eröffnet Unternehmen neue Chancen im Wettbewerb um Fachkräfte. In dieser Folge spricht Letizia Senli mit Verena Kurth von der [Einheitlichen Ansprechstelle für Arbeitgeber \(EAA\)](#) darüber, was gelebte Inklusion ausmacht, wie KMU erste Schritte gehen können und warum Vielfalt ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Fachkräftesicherung ist.

KI-Kompetenz-Radar - Einladung an Unternehmen zur Befragungsteilnahme

Die in enger Abstimmung mit dem MAGS NRW sowie den Sozialpartnern entwickelte, wissenschaftlich fundierte Befragung unterstützt Unternehmen dabei, ihren aktuellen Entwicklungsstand bei der Einführung und Nutzung von KI besser einzuordnen. Im Fokus stehen nicht nur technologische Aspekte, sondern auch organisationale Voraussetzungen, Qualifizierungsbedarfe und die Einbindung der Beschäftigten. Geschäftsführungen und erweiterte Führungskreise sind herzlich eingeladen teilzunehmen. [Zur Befragung](#).

Direktanstellung macht den Unterschied: Fairwork-Bericht Deutschland 2026

Das [Fairwork-Projekt](#) hat erneut Arbeitsplattformen bewertet. Das Ergebnis bestätigt den Trend aus dem Vorjahr: Plattformen mit Subunternehmer-Modell schneiden deutlich schlechter ab als solche mit Direktanstellung; zugleich zeigt der Bericht, dass gute Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit möglich sind. Das BMAS fördert die Forschung und erarbeitet aktuell einen Vorschlag zur Umsetzung der EU-Plattform-Richtlinie.

NRW: Fast 8 % der Erwerbstätigen arbeitete 2025 hauptberuflich im Minijob

Im Jahr 2025 waren in Nordrhein-Westfalen rund 703.000 Menschen in ihrer Haupttätigkeit in einem Minijob beschäftigt. Wie [Information und Technik NRW](#) mitteilt, lag der Anteil an allen Erwerbstätigen damit bei 7,9 %. Bei den weiblichen Erwerbstätigen ist er mit 11,0 % mehr als doppelt so hoch wie bei den männlichen mit 5,0 %.

Armutsbekämpfung und Sozialplanung

Landesregierung legt Sozialbericht NRW 2026 vor

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat am 14. Juli 2026, den [Sozialbericht NRW 2026](#) veröffentlicht. Der Bericht zur sozialen Lage im Land wird einmal pro Legislaturperiode erstellt und nimmt Einkommen, Vermögen, Armut und Reichtum in den Blick. Er stellt für die Landesregierung eine wichtige Grundlage für ihre Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dar.

Zentraler digitaler Zugang zu Sozialleistungen: Die Sozialplattform wird zum deutschlandweiten Sozialportal ausgebaut

Die [Sozialplattform](#), die das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales federführend umgesetzt hat, bildet zukünftig die Grundlage, um Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland einen verlässlichen und nutzerfreundlichen digitalen Zugang für sozialstaatliche Leistungen zu ermöglichen. Das „Expertengremium Digitalisierung Sozialstaatsreform“ hat die Entscheidung am 15. Juli 2026 getroffen.

MAGS: Neuer Webauftritt „Sozialplanung und Sozialberichterstattung“ - neue Anmeldung für den Newsletter erforderlich

Der Internetauftritt zur Sozialberichterstattung und zur Sozialplanung wurde komplett überarbeitet und das Verfahren zum Versand des Newsletters erneuert. Um den Newsletter weiterhin zu erhalten melden Sie sich bitte auf der neuen [Webseite](#) an.

NRW: Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe 2025 um rund 5 % gestiegen

Die Nettoausgaben für Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) lagen im Jahr 2025 bei rund 5,25 Milliarden Euro und waren damit um 236 Millionen Euro höher als ein Jahr zuvor, teilt [Information und Technik NRW](#) mit.

Landesregierung setzt Unterstützung der lokalen Tafeln mit 1,4 Millionen Euro fort

Auch im Jahr 2026 stärkt die [Landesregierung](#) die Arbeit der rund 173 lokalen Tafeln in Nordrhein-Westfalen mit einer Förderung in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro. Die Mittel sollen die Tafeln dabei unterstützen, ihre wichtige Arbeit für Menschen in schwierigen Lebenslagen fortzuführen und ihre Angebote vor Ort aufrechtzuerhalten.

Unterstützung für Kinder bei Mittagessen und Klassenfahrten: Landesregierung verlängert Härtefallfonds

Mit dem [Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“](#) fördert die Landesregierung auch in den Schuljahren 2026/27 und 2027/28 die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien. Minister Laumann: Kein Kind soll aufgrund der finanziellen Situation des Elternhauses ausgeschlossen werden.

"Hilfen im Netz": Kampagne für Kinder aus psychisch und suchtbelasteten Familien gestartet

Bundesfamilienministerin Karin Prien hat eine bundesweite Kampagne für ["Hilfen im Netz"](#) gestartet. Das Beratungsangebot hilft Kindern von suchtkranken oder psychisch erkrankten Eltern - kostenlos und anonym.

Neue Studie: Wohngeldkürzungen träfen vor allem Menschen in Rente, Familien mit Kindern und Geringverdienende

Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen beim Wohngeld würden vor allem Familien mit Kindern, Erwerbstätige mit niedrigen Einkommen und Rentner*innen mit kleinen Renten treffen. Das zeigt eine neue [Kurzexpertise der Paritätischen Forschungsstelle](#).

Schwangere Frauen in finanziellen Notlagen besser unterstützen

Das Bundeskabinett hat beschlossen, die gesetzliche Bundeseinlage für die [Bundesstiftung Mutter und Kind](#) erstmals seit 1993 zu erhöhen. Schwangere Frauen in Notlagen sollen damit künftig wirksamer unterstützt werden.

Themenübergreifend

1,62 Millionen Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern leben in Deutschland

Momentan wird über eine Reform des staatlichen Unterhaltsvorschusses für Kinder von Alleinerziehenden diskutiert. Wie das [Statistische Bundesamt](#) nach Erstergebnissen des Mikrozensus mitteilt, lebten im Jahr 2025 rund 1,62 Millionen Alleinerziehende in Deutschland.

Neue Landesfachstelle stärkt Regenbogenfamilien in Nordrhein-Westfalen

Die neue [Landesfachstelle Regenbogenfamilien](#) unterstützt queere Familien und qualifiziert Fachkräfte, die Familien begleiten. Um dieses Angebot zu unterstützen, fördert die Landesregierung erstmals die Fachstelle in Trägerschaft des Queeren Netzwerks NRW und stellt dafür in diesem Jahr 160.000 Euro zur Verfügung.

Meldestellen in Nordrhein-Westfalen dokumentieren Diskriminierungsfälle

Die vier nordrhein-westfälischen Meldestellen für Rassismus und Queerfeindlichkeit haben ihre ersten [Jahresberichte](#) veröffentlicht. Sie verzeichnen insgesamt 571 Vorfälle für das Berichtsjahr 2025. Die Berichte dokumentieren Diskriminierungserfahrungen, die an unterschiedlichen Orten, z. B. im öffentlichen und digitalen Raum, am Arbeitsplatz, in Schulen und Bildungseinrichtungen oder in Ämtern und Behörden gemacht wurden. Frauen sind überproportional häufig betroffen, sie stellen bei allen vier Meldestellen die größte Gruppe der Betroffenen.

Folgen Sie uns auf LinkedIn!



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos
abbestellen.

G.I.B. - Gestaltung, Innovation und Beratung in der Arbeits- und Sozialpolitik GmbH | Redaktion: Josef Muth und
Paul Pantel | Im Blankenfeld 4 | 46238 Bottrop | Deutschland | +49 2041 767-0 | mail@gib.nrw.de | [Internet](#) |
Geschäftsführer: Torsten Withake | Register: AG Gelsenkirchen | HRB 5185 | Tax ID: DE124240090